

204 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Finanzausschusses

über den Bericht der Bundesregierung zu den Entschließungen  
des Bundesrates vom 27. Juni 1967, betreffend Zuckergesetz,  
Stärkegesetz und Ausgleichsabgabengesetz

Der Nationalrat und der Bundesrat haben im Juni 1967  
die Bundesregierung in gleichlautenden Entschließungen er-  
sucht, dafür Sorge zu tragen, daß die im Zuckergesetz, im  
Stärkegesetz und im Ausgleichsabgabengesetz vorgesehenen Neu-  
festsetzungen von Abschöpfungssätzen und Verordnungen un-  
verzüglich durchgeführt und erlassen werden.

Im vorliegenden Bericht teilt die Bundesregierung hie-  
zu mit, daß die entsprechenden Verordnungen erstmalig un-  
mittelbar nach dem Inkrafttreten der erwähnten Gesetze im  
Oktober 1967 erlassen wurden. Hinsichtlich des festgesetzten  
Abschöpfungsbetrages nach dem Zuckergesetz waren im November  
und im Dezember 1967 Korrekturen notwendig. Eine Neufest-  
setzung von Abschöpfungssätzen nach dem Stärkegesetz bzw.  
nach dem Ausgleichsabgabengesetz war bis zur Berichtsvorlage  
nicht erforderlich geworden.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 12. März 1969 in Verhandlung genommen  
und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnis-  
nahme des vorgelegten Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Verhandlung stellt somit der Fi-  
nanzausschuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bericht der Bundesregierung zu den Entschließungen  
des Bundesrates vom 27. Juni 1967, betreffend Zuckergesetz,  
Stärkegesetz und Ausgleichsabgabengesetz wird zur Kenntnis  
genommen.

Wien, am 12. März 1969

Hella H a n z l i k  
Berichterstatter

P o r g e s  
Obmann